

Besprechungen

Iring Fetscher: Der Marxismus. Seine Geschichte in Dokumenten.
Band I: Philosophie und Ideologie. (Sammlung Piper, Probleme
und Ergebnisse der modernen Wissenschaft.) München 1962.
R. Piper & Co Verlag. 490 S.

Der mit dem Marxismus einigermaßen vertraute Leser empfindet es als einen besonderen Reiz, den verschiedenartigen Quellen des Marxismus nachzugehen und die Gestaltung zu verfolgen, die er in Theorie und Praxis mit der Zeit erfahren hat. Der Verfasser hat sich die gewiß nicht geringe Mühe gemacht, die für die Geistesgeschichte des Marxismus wichtigsten und aufschlußreichsten Dokumente zusammenzubringen und systematisch zu ordnen. Der vorliegende Band „Philosophie und Ideologie“ ist trotz seines in sich geschlossenen Zusammenhanges schon auf den zweiten Band „Ökonomie und Politik“ angelegt, wie denn der Marxismus selbst immer zugleich auch auf die Praxis bezogen war und ist.

Religionsphilosophie und Anthropologie stehen am Anfang der Darstellung. Texte von *Hegel*, *David Friedrich Strauss*, *Bruno Bauer* und *Moses Heß* ergänzen die ideengeschichtliche Darstellung gleichsam nach rückwärts. Das Kernstück der Sammlung bilden die Texte zur Geschichtsphilosophie. Hier kommen neben *Marx* und *Engels* *Karl Kautsky*, *Antonio Labriola*, *Max Adler*, *Jean Jaurès*, *G. W. Plechanow*, *W. I. Lenin*, *Nikolai Bucharin*, *Georg Lukàcs*, *Antonio Gramsci* und andere zu Wort. Eine Bemerkung *Iring Fetschers* muß jedoch Verwunderung hervorrufen: „Wir haben es in unserer Auswahl durchweg mit Autoren zu tun, die in weitgehender Freiheit denken und schreiben konnten, die sich zwar einer marxistischen Partei verbunden hatten, aber doch nicht unter der Herrschaft einer zensurierenden marxistischen Regierung leben mußten.“ Wie steht es denn um *Georg Lukàcs*, geschweige denn um den von *Stalin* hingerichteten *Nikolai Bucharin*?

An die Darstellung der marxistischen Geschichtsphilosophie schließen sich die eng zusammengehörenden Kapitel über Weltanschauung, Erkenntnistheorie und Ethik. Es wird (mit dem Autor) auch den Leser überraschen, wie zahlreich die Äußerungen marxistischer Theoretiker zur Ethik sind. Hierüber geben die Texte von *Marx* (weniger von *Engels*), von *Josef Dietzgen*, *Eduard Bernstein*, *Franz Staudinger*, *Nikolai Berdjajew*, *Peter von Struve*, *Michael Tugan-Baranowski*, *Ludwig Woltmann*, *Herbert Marcuse* auch dem Fachmann interessante Aufschlüsse.

Es ist bei dieser Systematisierung nicht zu vermeiden, daß Name und Werk der Autoren in den verschiedenen Kapiteln wiederkehren. Daher kann nur ein Studium des ganzen Buches und nicht nur einiger Abschnitte einen Überblick über die Geistesgeschichte des Marxismus geben.

Bei solchem Studium wird der Leser allerdings auf eine in ihrem wissenschaftlichen Wert unterschiedliche Darstellung und Entwicklung marxistischer Grundgedanken stoßen. Wie vieles erscheint zu oberflächlich gesehen, Manches widerspricht auch den Grundgedanken von *Marx*. Der Herausgeber hat recht: Frühere kritische und unkritische Einwände tauchen heute gelegentlich als neue Argumente wieder auf. Schon aus diesem Grunde ist das Studium der älteren philosophischen Strömungen, des Positivismus, des Kantianismus und des Hegelianismus, die die Diskussionen um den Marxismus wesentlich bestimmt haben, auch heute wichtig. So kann diese „Geschichte in Dokumenten“ jedem empfohlen werden, der sich mit dem Marxismus und seinem Bedeutungswandel im Sowjetmarxismus vertraut machen will. Sehr zu wünschen wäre es, wenn der vorliegenden Auswahl eine Sammlung von Texten sowjetischer philosophischer Arbeiten folgen würde.

Herbert Schack, Berlin

Erich Haniel: Regierungsbildung und Regierungskrisen in der Verfassungsentwicklung der französischen Vierten Republik. Tübingen 1961. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). 127 S.

Das Objekt der Untersuchung, die IV. Republik, ist inzwischen Geschichte geworden, und es erscheint fast ausgeschlossen, daß künftige Gesetzesreformer jemals wieder in ihre Bahnen zurücklenken werden. Denn zu schwer und zu augenfällig waren die Mängel dieses politischen Systems, das das klassisch-liberalistische „freie Spiel der Kräfte“ in einem Zeitpunkt in die Politik einfuhrte, wo es selbst in der Wirtschaft als überwunden galt. Wie hier, so bestätigte sich auch dort die alte Erfahrung, daß bei einem Kampf aller gegen alle um alles keine Gemeinschaft möglich ist. Um diese Gefahr von der Nation abzuwenden, wurden in jener Zeit zwei Verfassungsreformen in Angriff genommen, die der Verf. eingehend behandelt. Sie bezweckten eine Stärkung der Exekutive gegenüber der Legislative, wodurch die Kurzlebigkeit der Kabinette und ihre erwiesene Schwäche behoben werden sollten. Auch wurden dem aus indirekten Wahlen hervorgegangenen „Rat der Republik“ als konservativem Element weitere gesetzgeberische Befugnisse eingeräumt, die als Gegengewicht gegen allzu willkürliche Entschlüsse des Parlaments gedacht waren. Das alles geschieht jedoch nur zögernd und zu spät, so daß die Ereignisse nicht nur über die Reformen, sondern, wie schon so oft, über die Demokratie selbst hinweggehen, die im Mai 1958 von der mit diktatorischen Vollmachten ausgerüsteten V. Republik abgelöst wird.

Ein Vergleich mit der Weimarer Republik drängt sich auf. Auch hier derselbe Verbrauch von Regierungen. In 14 Jahren sind es, wie der Verf. erwähnt, 21 Kabinette mit einer Durchschnittsexistenz von

acht Monaten, während es das Nachkriegsfrankreich in 11 Jahren auf 20 bringt, denen im Schnitt etwa sieben Monate verbleiben. Von ausschlaggebender Bedeutung aber waren in beiden Fällen die großen Zeitprobleme, das „französische“ Algerien und die „deutsche“ Massenarbeitslosigkeit, mit denen die ungenügend fundierten Regierungen nicht fertig wurden und an denen sie schließlich zerbrachen. In diesem Zusammenhange erscheint besonders die Taktik der kommunistischen Parteien aufschlußreich, die jedesmal, nachdem sie die Demokratie durch ihre Obstruktionspolitik und das Zusammenspiel mit der extremen Rechten an den Rand des Abgrunds gebracht haben, ihre „Volksfront“-Lösung anbieten, die jedoch durch die inzwischen eingetretene Machtverschiebung nach der militärischen Seite hin längst nicht mehr real ist.

Wo immer man die Gründe für dieses Verhalten suchen mag, in einem lagen sie sicher nicht, in einem Minderwertigkeitsgefühl, das der Verf. vielen, wenn nicht den meisten Abgeordneten, zurechnet (S. 120). Und zwar solle dieses Empfinden daraus entspringen, daß sie einer hochqualifizierten Ministerialbürokratie nichts an entsprechenden Werten entgegenzusetzen hätten, so daß diese bei allen Vorlagen regelmäßig die Oberhand behielte. Diese Mithilfe der Regierung an der Gesetzgebung wird heute zuweilen als Zeichen dafür gewertet, daß das Prinzip der Gewaltenteilung *Montesquieus* überholt sei. Denselben Gedanken enthielt der von Sozialisten und Kommunisten (!) ausgearbeitete französische Konstitutionsentwurf vom April 1947, der folgerichtig und der Sowjetdemokratie entsprechend auch keine Verfassungsgerichtsbarkeit vorsah. Die Gesetzesinitiative der Regierung kann jedoch nicht als ausreichender Grund für jene Behauptung angesehen werden. Denn die Entscheidung wird in der Demokratie, im Gegensatz zur „Volksdemokratie“, stets effektiv und definitiv vom Parlament getroffen. Außerdem besitzt heute jede Partei ihre Spezialisten, die auf Grund der Gesetzesmaterialien zu ganz anderen Auffassungen kommen können. Vor allem in Fragen der Außenpolitik, wo eine juristische Fachausbildung noch keine Garantie für ein substantiiertes Urteil ist.

Mit seinem lebendigen Anschauungsmaterial stellt das Buch einen guten Diskussionsbeitrag zu Fragen des Verfassungs- und Verwaltungsrechts dar.

Julius Gumpert, Berlin

Peter Heintz: Einführung in die soziologische Theorie. Stuttgart 1962. Ferd. Enke. 275 S.

Die vorliegende Einführung in die soziologische Theorie entstand während der Lehrtätigkeit des Verfassers im Auftrage der UNESCO an der Universität von Santiago de Chile. Sie ist, sieht man vom Fischer-Lexikon René Königs ab, die erste deutsche Publikation, die „soziologische Theorie“ und „soziologische Theorienbildung“, wie sie — vor allem von Robert K. *Merton* inauguriert — in den USA immer mehr an Boden gewinnt, in gedrängter, aber verständlicher

Form vorführt. Das bedeutet, daß das vorliegende Buch trotz seines Titels keine Einführung in die Soziologie darstellt, die dem interessierten Laien Zugang zum Gegenstandsbereich der Soziologie geben will; Begriffe wie Prestige, Status, Kultur, Autorität und andere, mit denen der Autor operiert, werden als bekannt vorausgesetzt; desgleichen die Kenntnis der traditionellen soziologischen Denkweisen, und nur selten werden die behandelten Probleme an konkreten Phänomenen verdeutlicht, was den Zugang zu den Überlegungen des Autors nicht gerade erleichtert.

Die „soziologische Theorie“ setzt sich entschieden ab von jeder Art von allgemeiner Theorie der Gesellschaft, da diese allzuviel an unsicheren philosophischen Implikationen enthalte. Die soziologische Theorie beschränkt sich auf die Bildung von Hypothesensystemen, die auf den Ergebnissen der empirischen Sozialforschung basieren. Die ausgearbeiteten komplexen Hypothesen sollen der weiteren Forschung ihren Weg vorschreiben, so daß schrittweise in einem kumulativen Prozeß von Forschung und Theorienbildung ein immer größerer Teil der gesellschaftlichen Realität als zuverlässig erkannt gelten kann. Da jedoch Ergebnisse der empirischen Forschung bislang nur für eine beschränkte Zahl von gesellschaftlichen Phänomenen vorhanden sind — zumal die Auswahl der Untersuchungsgegenstände häufig durch die vorhandenen Methoden bestimmt wird —, kann die Theorienbildung sich nur auf begrenzte Phänomenbereiche beziehen; nur die Formulierung von „Theorien mittlerer Reichweite (Merton) ist vorerst möglich.

Dies versucht Heintz an einer Reihe von Gegenständen der Soziologie zu demonstrieren. Behandelt werden u. a. in den verschiedenen Kapiteln: Macht und Prestige, die Mode als gesellschaftliches Phänomen, die Wanderung vom Land zur Stadt, der technische Fortschritt, der Kulturkonflikt, die Bürokratie, die moderne Familie, die Mittelklassen und die Jugendkriminalität. In keiner Hinsicht wird damit Vollständigkeit angestrebt, auch keine Kodifizierung der soziologischen Theorie. Vielmehr soll durch Interpretation und Systematisierung von Forschungsergebnissen Einsicht gegeben werden in so wichtige Probleme der Soziologie wie die Struktur der Gesellschaft, den soziokulturellen Wandel, soziale Spannungen, Gruppenbewußtsein und soziale Vorurteile, formelle Gruppen, die Entwicklung der soziokulturellen Persönlichkeit u. a. m. Verständlicherweise können die dargelegten Einsichten nicht eigentlich neu sein. Neu hingegen ist zweierlei: Zum einen werden die sehr verschiedenartigen und isoliert voneinander entstandenen Forschungsergebnisse in relativ einheitliche begriffliche Schemata gebracht; zum anderen leitet Heintz daraus neue, empirisch zu überprüfende Hypothesen komplexer Natur ab. — Angesichts der Vielzahl der behandelten Probleme sei hier nur an einem Modell das Verfahren des Autors näher bezeichnet.

Heintz wendet den von *Durkheim* geprägten und von *Merton* weiterentwickelten Begriff der Anomie auf Herrschaftsverhältnisse an

und vermag dann sehr heterogene Phänomene mit Hilfe einer einzigen Kategorie zu analysieren. Anomische Herrschaftsverhältnisse sind gekennzeichnet durch willkürliche Machtausübung, was soziologisch heißt, daß die Machtentscheidungen von oben in Widerspruch geraten zu verfestigten Normen der Befehlsempfänger, die in der Regel in informellen Gruppen organisiert sind. Das Hauptproblem anomischer Machtverhältnisse besteht also „im Fehlen von Gruppen, die fähig sind, die Entscheidungen der Macht aufzufangen und sie eventuell zu verwandeln, das heißt sie mit den eigenen Normen in Übereinstimmung zu bringen, bevor sie den Mitgliedern dieser Gruppen aufgedrängt werden“ (S. 45). Dieser Mechanismus tritt zutage im Widerspruch von informellen Arbeitergruppen gegen Umorganisationen am Arbeitsplatz, im Widerstand gegen bürokratische Anweisungen innerhalb der bürokratischen Hierarchie wie außerhalb. Der bezeichnete Mechanismus bestimmt die Politik von autokratischen und totalitären Systemen, wenn sie versuchen, informelle Gruppenzusammenhänge zu zerstören, um möglichem Widerstand vorzubeugen; oder aber wenn in solchen politischen Systemen versucht wird, durch ständige Propaganda und gesteuerte Plebiszite „dem Machtsystem den Charakter von fiktiven Primärgruppen“ zu verleihen (S. 44). In parlamentarischen Demokratien hingegen suchen die pressure groups möglichen anomischen Situationen vorzubeugen, indem sie schon bei der Formulierung von Machtentscheidungen ihren Willen zur Kenntnis bringen.

In analoger Weise verfährt der Autor allenthalben: Zur Analyse bestimmter Phänomene werden Forschungsergebnisse aus den verschiedensten Sachbereichen — vor allem der Sozialpsychologie und der Kleingruppenforschung — herangezogen, umformuliert, systematisiert, interpretiert und wenigen zentralen Kategorien zugeordnet. Wenn gleich dieses Verfahren den historischen Traditionen der deutschen Soziologie in vielem widerspricht und ob der Ungeschichtlichkeit der Betrachtungsweise nicht unproblematisch ist, so ist es doch vor allem für die Hypothesenbildung und die weitere Forschung notwendig und eröffnet darüber hinaus neue Einsichten in bisher wenig beachtete Probleme; dies gilt vor allem für die Analyse des Autors von sozialen Problemen der Entwicklungsländer.

Zentral für die soziologischen Theorien, wie Heintz sie vorführt, ist vor allem die ins Sozialpsychologische gewendete Psychoanalyse in Gestalt der Theorie vom autoritätsgebundenen Charakter. Kategorien wie Ich, Überich, Ich-Schwäche, Aggressivität, Projektivität und Ethnozentrismus sind Hilfsmittel der Analyse so verschiedener Gegenstände wie Familie, Vorurteil, Gruppenbewußtsein, Einstellungen der Mittelklasse, der Jugendkriminalität u. a. m. Und sie erweisen sich als äußerst fruchtbar, vor allem weil sie gestatten, soziale und individualpsychologische Gegenstände der Analyse miteinander zu vermitteln. Es wäre sehr zu wünschen, daß die Theorie vom autoritätsgebundenen Charakter wie auch die gesamte Theorie von Freud endlich in Deutschland in der Wissenschaft und vom allgemeinen Bewußtsein

rezipiert würden; bedenkt man aber, daß diese Theorien von Heintz schon 1957 in seinem Buch über soziale Vorurteile explizit dargestellt wurden und trotzdem heute noch weitgehende Unkenntnis darüber besteht, so ist freilich wenig Hoffnung, daß sich daran durch sein neues Buch etwas ändern werde.

Kritisch wäre anzumerken, daß die Analysen von Heintz sich allzu sehr auf Meinungen, Einstellungen, Normen und den damit verbundenen Problemen beziehen, also vielfach sozialpsychologischen Charakter haben, objektive gesellschaftliche Phänomene und ihre Ursachen dagegen, wie soziale Schichtung, Arbeitsteilung, Einkommensverteilung, Interessenantagonismen, sozialen Zwang und Herrschaftsverhältnisse, an den Rand rücken oder gar psychologisiert werden. Wollte man *Durkheims* Bestimmungen der Soziologie heranziehen, wonach nämlich das schlechthin nicht verstehbare *fait social* den eigentlichen Problemtitel der Soziologie abgibt, so wäre vieles von den Ausführungen von Heintz nicht eigentlich soziologisch. An diesem Umstand trägt allerdings weniger der Autor schuld als der derzeitige Zustand der empirischen Forschung, die sich immer mehr auf die Feststellung von Meinungen und Reaktionsweisen von Individuen und Kleingruppen konzentriert; Analysen von objektiven gesellschaftlichen Verhältnissen etwa an Hand von statistischen Materialien werden trotz der Verbesserung der etablierten Methoden immer seltener.

Jedoch sollte die notgedrungen primär sozialpsychologische Orientierung nicht zu Konstruktionen verführen, die einer Blindheit gegenüber den materiellen gesellschaftlichen Verhältnissen gleichkommen. Die Frage, warum das Industrieproletariat im 19. Jahrhundert trotz seines heterogenen Ursprungs zu einem relativ einheitlichen Kollektivbewußtsein kam, beantwortet Heintz mit dem Hinweis auf das ingroup-outgroup-Theorem: die Proletarier hätten die Kritik des Bürgertums an der proletarischen Lebensweise — etwa seine mangelhafte Bildung, seine ablehnende Einstellung zur Sparsamkeit, seinen Sinn für kollektive Aktionen — aufgenommen und mit einem positiven Vorzeichen versehen. „Der deskriptive Inhalt der Kritik, welche die Oberklasse an der Arbeiterschicht übte, wurde von den Arbeitern großenteils übernommen und behalten; gleichzeitig aber deuteten sie die negativen Eigenschaften, die ihnen zugeschrieben wurden, in positive Tugenden um“ (S. 144). Was für jugendliche Gänge gilt, mag auch für soziale Klassen gelten — aber erst, wenn sie nicht mehr am Existenzminimum zu leben gezwungen sind.

Joachim Bergmann, Marburg/Lahn

Griechische Gesellschaft für Wirtschaftswissenschaften (Hrsg.): *Oikonomia kai Koinonia* (Timitikos tomos epi ti evdomikotaentiridi Dimitriou Kalitsounaki) *Wirtschaft und Gesellschaft* — Festschrift für D. E. Kalitsounakis. Athen 1961. Verlag „Hestia“. XIV, 544 S.

Die Griechische Gesellschaft für Wirtschaftswissenschaften ehrte ihren Präsidenten, Dimitrios *Kalitsounakis*, indem sie aus Anlaß seines siebenzigsten Geburtstages eine Festschrift herausgab, an der

zahlreiche ausländische und griechische Wirtschaftswissenschaftler mitgewirkt haben. Diese Festgabe für *Kalitsounakis* ist eine Anerkennung der internationalen und griechischen wissenschaftlichen Welt für die Dienste, die der Geehrte eine lange Reihe von Jahren hindurch der Wirtschaftswissenschaft als Lehrer, als Forscher und als Herausgeber der ersten in Griechenland erschienenen wirtschaftswissenschaftlichen Zeitschrift „*Archeion Oikonomikon kai Koinonikon Epistimon*“ („Archiv für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“) leistete, die nun im 42. Jahrgang erscheint und bisher bedeutend zur Pflege und zum Fortschritt der Wirtschaftswissenschaften in Griechenland beigetragen hat.

Das wissenschaftliche Forschungswerk von *Kalitsounakis*, der an deutschen Universitäten, insbesondere an der Universität Berlin, in die Wirtschaftswissenschaften eingeweiht wurde und der ein Schüler von *Gustav Schmoller*, *Franz Oppenheimer*, *Adolph Wagner*, *Heinrich Herkner* und *Werner Sombart* war (mit dem ihn später langjährige Freundschaft verband), ist nicht nur umfangreich — es umfaßt rund 100 selbständige Arbeiten —, sondern auch qualitativ bedeutend. Es dehnt sich auf eine Vielzahl von Fächern aus und befaßt sich sowohl mit der Wirtschaftstheorie als auch mit der Wirtschaftspolitik. Insbesondere galt das Interesse *Kalitsounakis*' aber der Sozialpolitik. Sein Interesse für dieses Gebiet äußerte er dadurch, daß er sich mit dem Studium verschiedener sozialpolitischer Fragen befaßte und vor allem das Umarbeiten und die Herausgabe in griechischer Sprache des Werkes seines Lehrers *Herkner*: „*Die Arbeiterfrage*“ vornahm.

Bedeutend ist auch die Arbeit, die der geehrte Wissenschaftler als akademischer Lehrer an verschiedenen Hochschulen seines Heimatlandes geleistet hatte, besonders an der Handelshochschule von Athen, an der er 37 Jahre lang den Lehrstuhl der Volkswirtschaftslehre innegehabt hatte.

In Würdigung der großen Verdienste *Kalitsounakis*' um die Wirtschaftswissenschaften widmeten ihm seine zahlreichen Schüler und Freunde die vorliegende Festschrift, zu deren Verfassung ausländische und griechische Fachleute der verschiedenen Sparten durch Einzelabhandlungen zusammengearbeitet haben. Die Beiträge aus dem Ausland umfassen die Arbeiten von:

Alfred Amonn (Geldpolitik und Geldwert. Konjunktur und Beschäftigung); *Hans Bayer* (Jugend in der Freizeit); *Henri Guitton* (*Les difficultés de l'enseignement économétrique*); *Corrado Gini* (*Esquisse d'une théorie de la décolonisation*); *Hermann Gross* (Deutschlands Wiederkehr in die Weltwirtschaft); *Hugo Hubert Hilf* (Betrachtungen zur Geschichte der menschlichen Arbeit); *H. Mc Gill Kenneth* (*Some economic aspects of selective military service*); *Milos Macura* (*Réflexions sur les éléments de la théorie démographique*); *Hans Peter* (Alte und neue Kostenlehre); *René Roy* (*Demande et offre*) und *G. Tagliacarne* (*La ricerca motivazionale*). —

Den obigen Arbeiten schließen sich die Beiträge verschiedener Griechen — in der Hauptsache Wirtschaftler — Kollegen oder ehe-

maliger Schüler des Geehrten an. Die Verfasser und Titel dieser Beiträge sind: S. *Agapitidès* (Die Bedeutung der durch den Fremdenverkehr gewonnenen Devisen für den Ausgleich der Zahlungsbilanz Griechenlands — in griechisch); N. *Anagnos* (Methodological Approach to the Problem of Multiple Correlation); A. *Angelopoulos* (Le rôle de l'énergie atomique dans la mise en valeur des ressources des pays sous développés); Cl. *Bandaloukas* (Einführung in die makroökonomische Analyse des Konsums — in griechisch); P. *Bardis* (Factors in social change); D. *Delivanis* (Entstehung und Intensität der Bedürfnisse in einer unterentwickelten Wirtschaft — in griechisch); Ch. *Evelpidès* (Religionen und Religionsgeist in Asien — in griechisch); K. *Kalogris* (Die „Lags“ der Produktionskapazität und die auf das Vorhandensein von „Engpässen“ zurückzuführende Inflation in den unterentwickelten Ländern — in griechisch); A. *Lazaris* (Der Kapitalkoeffizient — in griechisch); S. *Maximos* (Der Beitrag Kalitsounakis' zu der Entwicklung der Wirtschaftswissenschaften in Griechenland — in griechisch); G. *Mistardis* (Beitrag zur Wirtschaftsgeographie Kretas — in griechisch); J. *Papalekas* (Das Problem der sozialen Leitbilder unter den Bedingungen der entwickelten Industriegesellschaft); Ad. *Pepelasis* (Les limites à la comparaison des revenus entre nations); N. *Photias* (Soviet Trade Resources and Foreign Trade Policies); St. *Rousseas* (The Logic of Index Numbers); C. *Sepentzis* (Einführung in die gegenwärtigen Probleme der unterentwickelten Länder — in griechisch); A. *Sideris* (Die Volkswohlstandslehre — in griechisch); N. *Thomadakis* (Die Vorbereitung der griechischen Revolution — Moralische und materielle Faktoren — in griechisch); J. *Tsouderos* (Die Rolle des Industriearbeiters in der Produktion — in griechisch); B. *Voyatzis* (Über die „Beteiligung“ der Arbeitnehmer an dem Betrieb — in griechisch); J. *Zervas* (High Wages versus Low Wages. The Classical Economists and the American Practice); X. *Zolotas* (Wirtschaftsentwicklung und technische Bildung — in griechisch). —

Es ist selbstverständlich nicht möglich, eine jede der oben erwähnten Arbeiten einer Analyse und Kritik zu unterziehen. Das einzige, was zum Abschluß dieser Besprechung gesagt werden kann und muß, ist, daß dem Niveau der Beiträge der ausländischen Mitarbeiter auch das Niveau der meisten griechischen Fachleute entspricht, die mit ihren Beiträgen Dimitrios Kalitsounakis geehrt haben.

Johannes Koulis, Athen

Herbert Giersch und *Knut Borchardt* (Hrsg.): Diagnose und Prognose als wirtschaftswissenschaftliche Methodenprobleme. (Schriften des Vereins für Socialpolitik Band 25). Berlin 1962. Duncker & Humblot. 593 S.

Die Arbeitstagung des Vereins für Socialpolitik zur Erörterung der Aufgaben und Methoden der Wirtschaftswissenschaft unserer Zeit war die erste in ihrer Art. Sie war, wie Fritz Neumark im Vorwort ausführt, „dadurch gekennzeichnet, daß zwar alle Mitglieder unserer Gesellschaft quasi zur ‚passiven Teilnahme‘ legitimiert waren,

daß aber die Verhandlungen mehr den Charakter eines ‚round table‘-Gesprächs hatten und im wesentlichen von den Verfassern der vorher schriftlich erstatteten Referate und Diskussionsvoten getragen wurden. Dieser neue ‚Stil‘ — der, wie mir scheint, sich schon beim ersten Versuch gut bewährt hat — soll eine vertiefte wissenschaftliche Aussprache ermöglichen“ (Seite V).

Herbert *Giersch* erklärt in der Einführung, wie es zur Themenstellung für diese erste Arbeitstagung kam. „Von der Wirtschaftspolitik her stellt sich der positiven Sozialökonomik zunächst die Aufgabe, reale Situation und Prozesse zu analysieren oder zu diagnostizieren. Darüber hinaus hat der Wirtschaftspolitiker ein dringendes Bedürfnis zu erfahren, wie sich die Situation voraussichtlich weiter entwickeln wird, wenn keine Eingriffe erfolgen, und welche Wirkungen welche Maßnahmen wahrscheinlich haben werden. So ergab sich für die erste der Arbeitstagungen das Thema: „Diagnose und Prognose als wirtschaftswissenschaftliche Methodenprobleme“ (Seite X).

Das Gesamtthema ist in drei Fragenkreise aufgegliedert: Methodologie und Praxis der Konjunkturforschung; Methodenprobleme bei der Vorausschätzung langfristiger Entwicklungen; Wirtschaftsprognose und Wirtschaftspolitik.

Da in der modernen Wirtschaft die Bedeutung der Konjunkturschwankungen abgenommen hat, wendet sich das Augenmerk vor allem den langfristigen Entwicklungen zu. Es ist gerade auch deswegen wertvoll, daß der Vorbereitungsausschuß beschlossen hat, das Thema auf die Vorhersage von Wachstumsprozessen auszudehnen.

Es würde den Rahmen einer Besprechung sprengen, auf alle Fragenkreise und alle Einzelberichte einzugehen. Nur einiges kann, sozusagen stellvertretend, hervorgehoben werden.

In dem Bericht von *W. Bauer* „Probleme der langfristigen Strukturprognose und der Branchenprognosen“ sind die Ausführungen über Branchenprojektionen von besonderem Interesse, denn hier liegen schwierigste Aufgaben der Durchführung. Zudem sind die Projektionen der makroökonomischen Globalgrößen kaum umstritten, wohl aber jene, die sich auf die einzelnen Branchen beziehen. Bauer unterscheidet drei Typen von Branchenprojektionen: „1. isolierte Branchenprojektionen, die in ihre Modelle als exogene Variable makroökonomische Größen einbeziehen, also das Bruttosozialprodukt, die Bruttoinvestitionen, die Gesamtsumme des privaten Verbrauchs usw.; sie setzen voraus, daß Projektionen der makroökonomischen Globalgrößen bereits vorliegen“; „2. isolierte Branchenprojektionen, die keinen Bezug auf makroökonomische Globalprojektionen nehmen, in die als erklärende Variable keine makroökonomische Gesamtgröße eingeht; das Modell enthält also nur branchenspezifische Variablen, es ‚arbeitet‘ völlig unabhängig davon, wie sich langfristig die gesamtwirtschaftliche Entwicklung gestaltet“ (Seite 346); „3. langfristige Branchenprojektionen im Rahmen eines vollständigen makroökonomischen Systems; Ausgangspunkt ist die Gliederung der Volkswirtschaft in eine mehr oder weniger große Zahl von Branchen,

die für die Projektion als gleichrangig oder von gleicher Bedeutung angesehen werden“ (S. 347).

Die Bedeutung, die den Branchenprojektionen zugemessen wird, hängt, wie Bauer mit Recht hervorhebt, weitgehend von den Zielen ab, die sich die staatliche Wirtschaftspolitik setzt und von den Mitteln, mit denen sie diese Ziele erreichen will. Wichtig ist gerade im heutigen Streit der Meinungen die eindeutige Feststellung Bauers: „Aber selbst für eine Wirtschaftspolitik, die dirigistische Maßnahmen in ihrer Wachstumspolitik ablehnt, wäre ein Instrument von Nutzen, das über die Wirkungen des erstrebten gesamtwirtschaftlichen Wachstums auf die Struktur der Volkswirtschaft Auskunft gibt und aus dem sich auch ablesen läßt, wie sich darauf alternative Hypothesen des gesamtwirtschaftlichen Wachstums auswirken“ (S. 348).

Zu den grundlegenden Berichten gehört auch die Arbeit Jan Tinbergens „Die Prognose als Basis der Wirtschaftspolitik“. Wie immer das Parlament die Ziele der Wirtschaftspolitik festlegt, immer wird sie „die Absicht haben, dann einzugreifen, wenn ihre Ziele nicht erreicht zu werden drohen. Sie muß dann weiter dadurch definiert werden, daß die Instrumente angegeben werden, mit denen man die Ziele zu erreichen hofft.

Offenbar kann man jedoch die notwendigen Änderungen im Einsatz dieser Instrumente nur dann vorzunehmen versuchen, wenn man zuerst festgestellt hat, daß die wirkliche Lage nicht mit den Zielen übereinstimmt. Da nun einerseits die Durchführung und Wirkung der Maßnahmen immer eine gewisse Zeit verlangt und da andererseits unsere Kenntnisse über den wirklichen Zustand immer nachhinken, bedarf es im Prinzip einer Prognose über die Wirklichkeit, um eine politische Maßnahme durchzuführen.

Eine verfeinerte Prognose wird immer dann einen Nutzen haben, wenn die Vorbereitungs-, Durchführungs- und Wirkungszeit der Maßnahmen lang ist. Die Vorbereitung kann z. B. bei Steuermaßnahmen leicht etliche Monate dauern und bei öffentlichen Investitionsausgaben einige Jahre“ (S. 437—438).

Im dritten Abschnitt greift Tinbergen ein weiteres aktuelles Problem auf: Inwieweit kann man allein schon durch Prognosen die Wirtschaftsentwicklung beeinflussen? Nach Untersuchung der verschiedenen Bestimmgründe des Wirkungsgrades einer Prognose kommt Tinbergen zu dem Ergebnis: „Der Einfluß kann in bestimmten Fällen beträchtlich sein; eine Prognose einer Krise könnte u. U. eine wirkliche Krise herbeiführen, wenn sie geglaubt wird. Wo eine Depression schon angefangen hat, kann eine Prognose, daß es keine tiefe Krise geben wird, in der Tat die Tiefe der Krise beschränken. Aber gerade unter solchen Umständen hängt sehr viel ab vom Glauben an die Objektivität der prognostizierenden Instanz“ (S. 439—440).

Die Untersuchungen von Gerhard Colm „Economic Prognosis as Basis of Economic Policy“ gehen aus von dem Wandel in der Art der wissenschaftlichen Fundierung und der Vorausberechenbarkeit von

wirtschaftspolitischen Maßnahmen. Er vergleicht hierbei die älteren Verfahren mit der Art der Diagnose durch die Hausärzte früherer Zeit.

Der Aufsatz faßt grundlegend zwei Aufgaben der modernen Wirtschaftspolitik ins Auge: Beeinflussung der Wachstumsrate und Sicherung einer stabilen Entwicklung. Colm hebt wohl die entscheidende Bedeutung der hypothetischen Prognose für die moderne Wirtschaftspolitik hervor, betont aber mit Recht die Gefahren unzulässiger Vereinfachung bei der Anwendung von Prognosen. „Prognoses used in this manner do not provide a simple and unquestionable guide for policy determination but rather serve as a kind of map which helps the decision maker in determining the goal he believes can be reached, the selection of the route, and the use of the appropriate vehicle. The policy cannot simply read off the map nor are the policies pre-determined“ (S. 449).

Als eine interessante Einzelheit, die gerade im Zusammenhang mit dem wirtschaftspolitischen Programm von Präsident Kennedy Aktualität gewonnen hatte, mag folgender Hinweis in dem Aufsatz Colms erwähnt werden. „If one would construct the ideal antirecession policy to be triggered into action whenever unemployment rises and production contracts, one might rely on tax reduction“ (S. 450). Wenn es sich freilich um chronische Arbeitslosigkeit handelt, „tax reduction may still have a place in an anti-recession program but only a secondary place“.

Die Berichte der Arbeitstagung geben einen ausgezeichneten Überblick über den gegenwärtigen Stand der Forschung auf dem Gebiete der Wirtschaftsdiagnose und -prognose und zeigen die Möglichkeiten auf, die heute schon für Erstellung brauchbarer Prognosen bestehen, und darüber hinaus Wege, wie die dabei angewandten Methoden verbessert werden könnten.

Für die Ergebnisse der mündlichen Verhandlungen gilt die Feststellung am Ende des ersten Diskussionstages: „Professor *Salin* schloß die Diskussion mit dem Hinweis darauf, daß man glücklicherweise am Ende doch uneins sei, so daß Anlaß zu weiterem Nachdenken besteht“ (S. 484).

Hans Bayer, Dortmund

Herbert Wölker: Die Bedeutung der empirischen Verhaltensforschung für die ökonomische Theorie. Eine Studie an Hand empirischer Untersuchungen. (Schriften zur wirtschaftswissenschaftlichen Forschung Bd. 10.) Meisenheim a. Glan 1961. Verlag Anton Hain. 228 S.

Wölker wünscht zu beweisen, daß es möglich ist, mit Hilfe der Verhaltensforschung eine „lebensnahe Theorie“ (S. 18) aufzubauen, die sich „als brauchbar für die Erklärung der Wirklichkeit erweist“ (S. 13). Er will nur diesen Nachweis liefern, nicht die Theorie; aber er will ihn immerhin an einem konkreten Problem und an Hand empirischen Materials erbringen. Das Beispiel, das er abhandelt, ist die Preistheorie; die empirischen Befunde, die er vorlegt, stammen aus einer

kleinen Umfrage in der Erlanger Stadtrandsiedlung, deren Methode nur sehr summarisch beschrieben wird. Offenbar wurde jeder 5. Haushalt der Siedlung „at random“ ausgewählt und „zur Befragung vorgemerkt“ (S. 46); über die Ausfälle erfährt man nichts; die Zahl der Befragten, wohl meist Hausfrauen, scheint bei 100 zu liegen (S. 51). Bei der prozentualen Darstellung der Ergebnisse hätte sich der Verfasser entschließen sollen, auf die Stelle hinter dem Komma zu verzichten.

Die Untersuchung gilt einem „lokalen Teilmarkt“ (S. 43), der durch die ökonomischen Beziehungen der Befragten zu Einzelhandelsgeschäften konstituiert ist; gefragt wurde im wesentlichen nach Kaufgewohnheiten und bevorzugten Einkaufsstätten. Solche Konzentration auf kleine, überschaubare Gruppierungen ist zweifellos sinnvoll; Wölker freilich hält sie für die einzige Methode, von der preistheoretisch relevante Ergebnisse erwartet werden können (S. 39 ff.), ebenso wie er der Meinung ist, die theoretische Problematik des Marktverhaltens und der Preisbildung sei durch die Analyse der ökonomischen und soziologischen Marktbeziehungen zu erschöpfen.

Wölkers Drang, unzulässige Erkenntnisweisen zu eliminieren, wendet sich auch gegen die Psychologie. Er polemisiert mit Emphase gegen die lang überholte Idee, man könnte das wirtschaftliche Verhalten aus den „letzten Triebfedern menschlichen Tuns“ ableiten (S. 73). Das kann man sicherlich nicht. Wölker freilich glaubt, damit auch schon die Psychologie bzw. ihren heuristischen Wert für die ökonomische Theorie abqualifiziert und kurzerhand nachgewiesen zu haben, daß platterdings keine Aussicht besteht, „aus Ergebnissen ökonomischer Verhaltensforschung Konstanten wirtschaftlichen Verhaltens zu gewinnen, die als brauchbare Grundlage einer Theorie dienen könnten“ (S. 72). Den Begriff der Konstante hält er offenbar für unvereinbar mit der neueren Auffassung menschlichen Verhaltens („Die Persönlichkeit befindet sich in ständiger dynamischer Auseinandersetzung mit den um- und mitweltlichen Verhältnissen. Sie prägt und wird geprägt, verändert und verändert sich“): wo es „nur Plastizität“ gibt, da ist kein Raum für die „Starrheit der Konstanten“ (S. 74). Solche Auffassung muß nun allerdings den „Einwand des Soziologismus“ erwarten (S. 207): sie riecht allzusehr nach mißverständlicher Soziologie. Tatsache ist, daß die prinzipielle Plastizität der menschlichen Bedürfnisse die Ausbildung entlastender Konstanten und Konformitäten nicht nur nicht verhindert, sondern erzwingt (Schm. Jahrb., Jg. 80, S. 1 ff.). Konstanz menschlichen Verhaltens meint denn auch bei *Schmölders*, gegen den sich Wölker hier wendet (S. 71, 80), nichts anderes als den Fall, daß derselbe Mensch sich in gleicher Situation gleich verhält, im Gegensatz zum Begriff der Konformität, der das gleiche Verhalten verschiedener Menschen in gleicher Situation bezeichnet. Und auf das Vorhandensein solcher Regelmäßigkeiten ist auch Wölkers Analyse gegründet.

Schwerlich wird sich ein Einspruch erheben, wenn Wölker statuiert, daß die Psychologie nicht „die Grundwissenschaft“, sondern „eine

Hilfswissenschaft“ der Nationalökonomie sei (S. 192) — um so mehr aber, wenn es auch nur von ferne den Anschein hat, daß nun die Soziologie auf diesen Thron gehoben werden solle. Während die Psychologie, so heißt es, nur „psychisches Sein“ erfassen kann, befinde sich das Erkenntnisobjekt der Nationalökonomie „im sozial-geistigen Bereich, für den der Begriffsapparat der Soziologie zuständig ist“ (S. 207). Psychischer und geistiger Bereich aber dürften nicht vermengt werden (S. 75). — Nach unserer Meinung sollte man vor allem nicht die geisteswissenschaftliche und die empirische Methodologie (und Terminologie) vermengen. Gewiß hat die empirische Sozialökonomik mit der empirischen Soziologie mehr Berührungspunkte und Überschneidungen als mit der empirischen Psychologie. Gleichwohl ist auch diese auf weiten Strecken eine Sozialwissenschaft; und keine Begriffsbildung sollte darüber hinwegtäuschen, daß alle Sozialwissenschaften dasselbe Feld mit denselben Methoden beackern, nicht nur nebeneinander, sondern in vielfacher Verflechtung, und sich einzig in ihren Forschungsinteressen (ihren Problemen) und einigen Spezialwerkzeugen unterscheiden. Da ist die Reflexion über Rangplätze ebensowenig förderlich wie die über Bereichsgrenzen. Gewiß beschäftigen sich die Soziologie und die Sozialökonomik mehr mit dem Verhalten von Gruppen, Massen und Mengen, während es die Psychologie häufiger mit dem Verhalten von einzelnen zu tun hat; aber damit ist nicht einmal eine lückenlose Abgrenzung der Forschungsinteressen gegeben, geschweige denn eine grundsätzliche Unterscheidung der Bereiche. Allemal wird, unter den verschiedensten Blickwinkeln, das gesellschaftlich beeinflusste und beeinflussende Verhalten von Menschen untersucht, seine Motivation und seine Wirkungen, seine Stabilität und seine Wandelbarkeit.

Die ersten 100 Seiten seiner Arbeit verwendet Wölker darauf, methodologische und wissenschaftstheoretische Vorfragen zu behandeln, die Entwicklung der Preistheorie zu skizzieren (S. 19 ff.), die von der Betriebswirtschaftslehre und der Makroökonomik ausgehenden „Impulse für die Entwicklung der empirischen Verhaltensforschung“ (S. 30 ff.) aufzuzeichnen (diese Entwicklung selbst wird allerdings nicht dargestellt, der amerikanischen Verhaltensforschung kaum Erwähnung getan) und die Ausgangspunkte seiner Analyse zu erläutern: die konkret räumliche Definition des Marktes, die Auffassung von der Plastizität der menschlichen Antriebsstruktur und von der mangelnden Rationalität des Konsumverhaltens. Besonders diesem letzten Punkt widmet er sich, mit wechselndem Geschick, in aller Breite; er stellt fest, daß die von den Käufern genannten Kaufmotive nur zu etwa einem Drittel aus „rationalen Preisgründen“ bestehen (S. 55 f.), die Einkaufshandlung nicht „verstandesmäßig“ erfolgt (S. 68), die Annahme der subjektiven Rationalität des impulsiven „Augenblicksverhaltens ein logischer und psychologischer Widerspruch in sich selbst“ sei (S. 89) und daß es nach alledem unmöglich werde, „eine subjektive Wertlehre der traditionellen Art oder ihre ausgebaut Form einer Lehre von der Niveaufunktion als primären

Ausgangspunkt und Grundlage einer empirisch abzuleitenden Preistheorie anzuerkennen“ (S. 90).

Was er dann über die tatsächlichen Verhältnisse auf dem untersuchten Markt berichtet und an Folgerungen daraus zieht, ist interessant und anregend; die Darstellung enthält Beiträge zur Standorttheorie (S. 115), zur Theorie der räumlichen Konkurrenz (S. 116 ff.), zur Konkurrenz zwischen Vertriebsformen, z. B. zwischen Markenartikeln und Konsumgenossenschaften (S. 140), und zur Marktformenlehre (S. 167 ff.); vor allem aber sind es die ökonomischen und soziologischen Marktbeziehungen, denen Wölkers Aufmerksamkeit gilt. Er stellt fest, daß „die Käuferschaft eines Geschäftes nicht nur ein intentionaler Verband, sondern zudem durch eine Reihe weiterer soziologischer Relationen unter sich verknüpft ist, so daß sie sich manchmal schon an die Struktur einer sich der Einheit bewußten Gruppe annähert“ (S. 140 f.). Ausdruck solcher festeren Substrukturen innerhalb einer Käuferschaft sind die oft stark emotional gefärbten persönlichen Präferenzen (S. 184 ff.). Konkurrenz ist dann „ein Kampf um die Gewinnung, Erhaltung, Festigung und Vergrößerung der jeweils erreichbaren Käuferschaft“ (S. 165), der mit einer Vielzahl von Mitteln geführt wird, unter denen die Gewährung von Preisvorteilen u. U. eine ganz nebensächliche Rolle spielen kann. Umgekehrt ist der Preis für den Konsumenten häufig weder das einzige noch das wichtigste Kriterium des Einkaufs; er optiert vielmehr, wenn er sich der Kundschaft eines Anbieters zurechnet, für eine komplexe „Angebotskonstellation“ (S. 206); so ist es möglich, daß z. B. ein teurer und ein billiger Blumenladen nebeneinander existieren können, und so erklärt es sich auch, daß von den Käufern oft ein viel geringerer Einfluß auf die Preisbildung ausgeht, als die Vorstellung des Zusammenspiels von Angebot und Nachfrage es vermuten lassen würde. Gleichwohl entsteht der Preis zweifellos „in der sozialökonomischen Auseinandersetzung zwischen Kräften, die den Preis möglichst hoch wünschen, und solchen, die ihn nach unten drücken wollen“ (S. 211), auch wenn diese Faktoren mit Begriffen wie Angebot und Nachfrage nicht ausreichend beschrieben sind.

An diesem Punkte verliert sich Wölkers Analyse in Andeutungen, ebenso wie seine Idee, an die Stelle der „modellgerechten Rationalität“ etwas zu setzen, was er „gesellschaftliche Vernünftigkeit“ nennt (S. 192 ff.), allzusehr Andeutung bleibt, als daß es fair sein könnte, sich damit kritisch auseinanderzusetzen. Im ganzen aber hält die zweite Hälfte seiner Arbeit, was die Einführung (S. 18) verspricht: Sie zeigt eine Reihe von Möglichkeiten, die Verhaltensforschung für die Weiterbildung der volkswirtschaftlichen Theorie fruchtbar zu machen.

Gerhard Scherhorn, Köln

Max Lehner: Die kurzfristigen Lohnbestimmungsfaktoren in der modernen Volkswirtschaft. Winterthur 1962. Verlag P. G. Keller. XIX, 254 S.

Die Frage nach dem richtigen und gerechten Lohn kann die Nationalökonomie nicht beantworten, weil der allgemein gültige Maßstab dafür fehlt. Trotzdem will Lehner mit seiner Arbeit über die kurzfristigen Lohnbestimmungsfaktoren in der modernen Volkswirtschaft einen Beitrag zur Beantwortung dieser Frage leisten. Er wählt auf der Suche nach einem Lösungsansatz eine Hilfskonstruktion, die man voll akzeptieren kann, wenn man sich bewußt bleibt, daß damit nicht die Antwort auf die herkömmliche Frage nach dem richtigen Lohn gegeben werden kann, sondern auf eine neue und gewiß sinnvolle Fragestellung. Lehner sucht nämlich nach dem „volkswirtschaftlich richtigen Lohn“, dessen „Wirkungen mit den wirtschaftspolitischen Zielsetzungen übereinstimmen“ (S. 2). Die wirtschaftspolitischen Zielsetzungen werden damit zum Maßstab für den Lohn gemacht, und der Lohn ist richtig, wenn er der Erreichung der gesetzten Ziele der Wirtschaftspolitik dient. Der Rezensent kann dem Verfasser allerdings nicht folgen, wenn dieser meint, daß der „richtige“ Lohn damit auch der „gerechte“ Lohn ist. Diese Identität ist nur gegeben, wenn man das Attribut „gerecht“ seines moralischen Inhalts beraubt und auf den oben angegebenen Sinngehalt von „richtig“ reduziert. Dann aber hat die eigene Frage nach dem „gerechten“ Lohn keinen Wert mehr, und man kann sich gleich auf die Feststellung des „richtigen“ Lohnes beschränken. Ebenso untauglich ist der Versuch des Verfassers, jeden Lohn als gerecht zu bezeichnen, der irgendwo innerhalb der weiten Spanne zwischen der sich aus dem Betriebserfolg ergebenden Lohnzahlungsfähigkeit eines Betriebes und einem angemessenen Existenzminimum der Arbeitnehmer liegt, weil die extremen Grenzen dieser Spanne bereits subjektive Wertmerkmale enthalten. Lassen wir also lieber die Frage nach dem gerechten Lohn beiseite und beschränken uns auf die Suche nach dem richtigen Lohn im Sinne der Definition Lehnners. Sein Beitrag auf dem Wege zu einer Antwort liegt in der Beschreibung von Faktoren bei der Lohnbildung in einer westlichen hochindustrialisierten Volkswirtschaft. Das ist sicher ein erster Schritt zur Lösung des Problems.

Ausgangspunkt der Untersuchung Lehnners ist ein kurzer kritischer Überblick über die bekannten klassischen und die neueren Lohntheorien bis zur Grenzproduktivitätstheorie des Lohnes hin. Die fruchtbareren neuen Arbeiten aus der Verteilungstheorie, die in den letzten Jahren wieder das zunehmende Interesse der nationalökonomischen Theoretiker gefunden hat, bleiben dabei unberücksichtigt. Der einführende Überblick läßt bereits erkennen, daß der Verfasser der Grenzproduktivitätstheorie des Lohnes einen besonderen Platz in seiner eigenen Erklärung des Lohnes einräumt. Bekannte Bausteine aus der Grenzproduktivitätstheorie des Lohnes spielen nämlich in seiner später folgenden Untersuchung der Fähigkeit und Willigkeit der Unternehmer zur Lohnzahlung eine Rolle. Lehner sieht im Lohn jedoch nicht nur eine ökonomische Kategorie, sondern will auch soziologische, psychologische, juristische und ethische Faktoren berücksichtigen. Nach einer formalen Begriffsbestimmung dessen, was in einer fortge-

schriftlichen hochindustrialisierten Volkswirtschaft als Lohn anzusehen ist, gibt er deshalb nach der Beobachtung von Angebot und Nachfrage bei der Lohnbildung auf dem Arbeitsmarkt eine Darstellung, die man als den Versuch zu einer kombinierten Erklärung des Lohnes bezeichnen kann.

Der Wert der Arbeit Lehnners liegt hier in der Beobachtung einer großen Zahl von Fakten, die bei der Lohnbildung eine Rolle spielen, wenn sich der Verfasser dabei auch nicht immer einer unanfechtbaren Arbeitsweise bedient. Lehner gibt nichtsdestoweniger viele Fakten an, die eine Lohntheorie unbedingt zu berücksichtigen hätte. Die Analyse und das theoretische Rüstzeug reichen im Buche Lehnners jedoch für die logisch geschlossene Erklärung des Lohnes nicht aus. Das Vorwort des Buches verspricht deshalb zu viel, wenn es für die folgenden Seiten die Entwicklung einer neuen Lohntheorie, die den modernen Verhältnissen Rechnung trägt, in Aussicht stellt. Es handelt sich allenfalls um einen Beitrag dazu.

Fritz Abb, Frankfurt

Heinz König (Hrsg.): Wandlungen der Wirtschaftsstruktur in der Bundesrepublik Deutschland. Schriften des Vereins für Socialpolitik (Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften). Band 26. Berlin 1962. Duncker & Humblot. 620 S.

Dieses Werk, das als „Materialband“ den Verhandlungen der Luzerner Tagung der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (1962) vorlag, wird zusammen mit den umfangreichen und vielfach von weiterem Material gleichfalls strotzenden gedruckten Referaten dieses Kongresses zu den bleibenden Quellen der Information über die Entwicklung der westdeutschen Wirtschaft gehören. — Zugleich dokumentiert sich in diesem Sammelwerk die Situation der wirtschaftswissenschaftlichen Arbeit selbst: Der sammelnde, sichtende Handwerkerfleiß des Spezialistentums hat auch den Plan des Gesamtbandes vorgezeichnet, der auf Ansätze zu übergreifender Deutung verzichtet und das Rahmenthema auf nebeneinanderstehende Sachgebiete zerteilt.

Das Material allein lassen sprechen die Beiträge über Bevölkerung und Arbeitspotential (Kurt *Horstmann*), die industriellen Lohnrelationen (Walther G. *Hoffmann*), die Entwicklung der Anlagevermögen (Wolfgang *Kirner*), die Verkehrsstruktur (Erhard *Kantzenbach* und Hartmut *Berg*). — Wertvolles Material auch für soziologische Überlegungen enthält der Aufsatz über Wandlungen in der Beschäftigtenstruktur (Franz *Grumbach* und Gerd *Greve*). — Gerhard *Göseke* (Verteilung und Schichtung der privaten Haushaltseinkommen) stellt eine gewisse Nivellierung der verfügbaren Nettoeinkommen der privaten Haushalte fest, der freilich eine erhebliche Kumulation der betrieblichen Vermögen gegenüberstehe. — Der Finanzpolitik liefert wertvolle Einsichten die Studie von Günther *Hedtkamp* über das Verhältnis der öffentlichen Einnahmen zur strukturellen und konjunkturellen Entwicklung der Gesamtwirtschaft. — Horst C. *Recktenwald*

(Die Entwicklung der öffentlichen Ausgaben in der Bundesrepublik) erwartet für Westdeutschland in den sechziger Jahren kein weiteres Steigen des Staatsanteils am Nettosozialprodukt mehr; eine Meinung, die mit der gegenwärtigen sprunghaften Ausdehnung des Bundeshaushaltes eigenartig kontrastiert. — Von ebenso großem informativen wie zugleich analytischen Wert ist der Beitrag von Helmut *Hesse* über Strukturwandlungen im westdeutschen Außenhandel. — Durch methodische Sauberkeit und aufschlußreiche Ergebnisse zeichnet sich auch die sorgsame, von Material geradezu berstende Studie von Norbert *Kloten* über „Wandlungen der industriellen Raumstruktur in der Bundesrepublik Deutschland“ aus, worin u. a. der relative Bedeutungsrückgang des Ruhrgebietes gegenüber den industriellen Ballungsräumen des Rhein-Main-Neckar-Gebietes sowie Südbayerns vorgeführt wird. — Eine erhebliche Zunahme der Anlage-Intensität der Industrie vermerkt Dieter *Mertens* (Veränderungen der industriellen Branchenstruktur), der auch nützliches statistisches Material über die tendenzielle Zunahme des Anteils der Schwerindustrie an der Gesamtproduktion der Industrie nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch in der übrigen Welt beibringt. — Vielseitig sind auch die Beiträge über die neueren Entwicklungstendenzen der Landwirtschaft (Hans-Jürgen *Seraphim* und Paul-Helmuth *Burberg*), über die Strukturwandlungen im Handwerk (Egon *Tuchtfeldt*), über die durchgreifenden Wandlungen im Handel (namentlich in dessen Betriebsformen; Robert *Nieschlag*), über die Entwicklung des Bankwesens (Heinrich *Rittershausen*), der Energiewirtschaft (Hans K. *Schneider*).

Alles in allem liegt hier ein Sammelband mit Handbuchcharakter vor, der als wirtschaftspolitisches Lesebuch auch für den studentischen Gebrauch sehr zu empfehlen ist. Der darin aufgespeicherte Forscherfleiß wäre freilich erst dann voll honoriert, wenn sich an die ungeheure digestive Leistung ein entsprechender Versuch sozial-ökonomisch deutender Gesamtanalyse der großen Entwicklungsstränge unserer Wirtschaftsgesellschaft angeschlossen. Daß es dazu kommen wird, machen freilich die eingetretenen „strukturellen“ — und mentalen — Wandlungen des Wissenschaftsbetriebes selbst unwahrscheinlich.

Werner Hofmann, Göttingen

Oskar Lange: Disarmament, Economic Growth and International Cooperation. (The Twentieth Montague Burton Lecture on International Relations.) Leeds 1962. Leeds University Press. 11 S.

In seiner Vorlesung vor der Universität Leeds, die nun im Druck vorliegt, vertritt Lange, Stellvertretender Vorsitzender des polnischen Staatsrates, die kommunistische, genauer gesagt, die sowjetrussische Version der Weltpolitik. Dennoch verdienen seine Ausführungen unsere, der freien Welt Beachtung, wie sie weitgehender Zustimmung sicher sein können. Vor allem deshalb, weil er sich die leninistisch-stalinistische These der Identität von *Kapitalismus und Krieg* nicht zu eigen macht (was angesichts der europäisch-atlantischen Integration auch keine leichte Sache wäre). Dementsprechend bilden für ihn, im

Gegensatz zu offiziellen Darlegungen, Gewinnstreben und Abrüstung keine unüberbrückbare Kluft. Reibungsmöglichkeiten sieht er lediglich darin, daß die Marktwirtschaft, anders als der Kommunismus (den er, entgegen unserem Sprachgebrauch, als „Sozialismus“ bezeichnet), einer staatlichen Plankommission — das Wort „Gosplan“ selbst wird vermieden — entbehren müsse. Wenn er zum Beweise dessen auf die Depressionen und die Arbeitslosigkeit nach dem Ersten Weltkriege anspielt, so ist das nur bedingt richtig. Denn die damalige Umstellungskrise wurde durch Faktoren herbeigeführt, die später weitgehend ausgeschaltet werden konnten. Da war zunächst der Umstand, daß uns mangelnde Erfahrung das Problem der wirtschaftlichen Demobilmachung ebensowenig erfassen ließ wie zuvor das Problem der wirtschaftlichen Mobilmachung. Dazu kam, daß nicht nur einzelne Volkswirtschaften, sondern die Weltwirtschaft insgesamt von der Bürde der interalliierten Kriegs- und der Reparationsschulden eingeschnürt wurden, während es auf Ausdehnung ankam, um nun Lebensmöglichkeiten zu schaffen. Die Folge war die größte Wirtschaftskrise der Geschichte, die, was die Opfer betrifft, von den kommunistischen Krisen allerdings noch übertroffen wird. Die Nutzenwendung, die man aus diesen negativen Erkenntnissen im Zweiten Weltkriege zog, war der Lend-Lease-Act, das Leih- und Pachtgesetz, sowie die Einrichtung der Demontagen, die als Ersatz für die destruktiven Entnahmen aus der laufenden Produktion dienen sollten. Indem die Sowjetunion von Deutschland beides zugleich forderte, mißachtete sie sowohl die Lehren der Geschichte wie auch das Recht, was gefährliche politische Auswirkungen, den Volksaufstand in der ihrer Oberhoheit unterstehenden „DDR“, nach sich zog. Hingegen konnte sich, aller Welt sichtbar, der rechtmäßige deutsche Staat, die Bundesrepublik, unter dem Schutze des internationalen Rechts trotz schwerster Kriegszerstörungen und der Verpflichtung (die sich zugleich als Vorteil erwies), auf halbiertem Raum etwa dreizehn Millionen Flüchtlingen Unterkunft und Unterhalt zu ermöglichen — ohne bürokratisch-schwerfällige und kostensteigernde „Planung“, wenn auch keineswegs planlos —, so rasch erholen, daß man von einem „Wirtschaftswunder“ gesprochen hat.

Seitdem ist Deutschland wieder ein begehrter Handelspartner, besonders auch für die Ostblockstaaten. In dieser Richtung, wie auch in allen anderen, bestehen zweifellos Ausbaumöglichkeiten, über deren ökonomische und menschliche Bedeutung kein Wort verloren zu werden braucht. Jedoch lassen sich auch die großen Schwierigkeiten und Hindernisse, die teils wirtschaftlicher, hauptsächlich aber politischer Natur sind, nicht übersehen. Da die Industrieproduktion der kommunistischen Staaten, ungeachtet ihres „Vorsprungs“ auf dem Gebiete der Kosmonautik, den Qualitätsansprüchen des Weltmarktes (von dem fehlenden „Service“ zu schweigen) noch immer nicht genügt, bleibt nur die den Außenhandel limitierende Begleichung der von den „kapitalistischen“ Staaten gelieferten Investitionsgüter durch landwirtschaftliche Erzeugnisse und Rohstoffe. Hierin aber haben wir

im Westen einen echten Überschuß und Überfluß (den der Kommunismus bisher vergeblich angestrebt hat und der es Amerika ermöglichte, Rußland den dringend benötigten Weizen zu liefern). Wenn wir in Deutschland dennoch, um ein anderes, nicht minder strittiges Problem anzuführen, unseren großen Zuschußbedarf an Geflügel statt ausschließlich in den USA auch in den Ostblockstaaten einkaufen, dann ist das nur unter einem ganz bestimmten politischen Gesichtspunkt zu verstehen. Nämlich in Konjunktion mit der kommunistischen These „*Friede durch Handel*“, deren sich Lange in seinem Bemühen um Objektivität ebensowenig bedient wie des dubiosen Begriffs „Koexistenz“. Durch die sowjetische Politik praktisch widerlegt — denn in seinem ideologischen Koexistenz- und Prioritätsstreit mit Peking weigert sich Moskau beharrlich, nach diesem Rezept zu verfahren —, kann dieser Slogan nur als eine primitive Reversion des alten liberalistischen Erfahrungsgrundsatzes „*Peace — goodwill — freetrade*“ angesehen werden. In ihm haben die Dinge noch ihre natürliche Ordnung. Denn Frieden und guter Wille sind die unabdingbaren Voraussetzungen für den Ost-West-Handel — der aus ebendiesem Grunde allgemein durch eine *Berlin-Klausel* abgesichert werden sollte — wie für jeden Vertrag (in einem doppelten Sinne, den das englische Wort „*agreement*“ zum Ausdruck bringt).

Auf diese Kernfrage einzugehen, die ich in meiner „*Politischen Strategie und Taktik*“ erörtert habe, bietet sich hier nicht die Möglichkeit. Vor einem Fehlschluß sei jedoch ausdrücklich und nachdrücklich gewarnt: Da die Rüstung, und insbesondere die von uns anfänglich nur zögernd durchgeführte Aufrüstung Westdeutschlands, nicht die Ursache, sondern erst die Folge der (geistig-ideologischen) Weltspannung ist, kann die Abrüstung an und für sich auch nicht zu einer Entspannung führen. Last not least deshalb, weil der Kommunismus bei ständiger Manifestation der Weltrevolution — und hierin liegt das eigentliche Problem — nur der Tatsache Rechnung zu tragen vermöchte, daß ein Angreifer mit modernen Superwaffen und -geräten nicht mehr „den Sieg an die Fahnen heften“, sondern nur noch den Untergang herbeiführen kann. Deshalb sind auch militärische Teilaktionen wie das Auseinanderrücken (Disengagement), die Bildung atomwaffenfreier Zonen (Rapacki-Plan) oder ein neuaufgelegter, spezieller Nichtangriffskontakt zwischen der NATO und den Warschauer Vertragsstaaten lediglich gefahrvolle und verwirrende Scheinlösungen.

Julius Gumpert, Berlin

Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft: Was nun? (Tagungsprotokoll Nr. 17.) Soll der Staat Geschenke verteilen? (Tagungsprotokoll Nr. 18.) Ludwigsburg 1962. Verlagsgesellschaft Martin Hoch. 189 u. 169 S.

Die siebzehnte Arbeitstagung der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft vom 30. und 31. Januar 1962 konnte noch von dem bald darauf erkrankten und dann leider verstorbenen Ehrenvorsitzenden der ASM, Alexander Rüstow, in ihrer grundsätzlichen Richtung

bestimmt werden. In seinem Referat „Zielgemeinschaft tut not“ kritisierte er mit gutem Recht die Ziellosigkeit des Strebens nach Wohlstand in unserer Zeit, wo der einzelne für sich allzusehr einem höheren Lebensstandard nachjage. „Es ist kein konvergentes Ziel, das durch gemeinsames Handeln verfolgt und erreicht werden könnte“ (S. 11). Ebenso wenig, wie dieses ziellose Streben nach Mehr, nach Noch-mehr, nach Immer-noch-mehr, gemeinschaftsbildend sei, könne auch das sowjetische und amerikanische Streben nach einem unbegrenzten technischen Fortschritt zu einer allgemein befriedigenden, gesunden Lebens- und Wirtschaftsordnung führen. Das Ziel des vielberufenen Wettbewerbs zwischen Osten und Westen sei nicht eine Maximierung der technisch-ökonomischen Leistung bzw. der individuellen Bedarfsbefriedigung, sondern „das Optimum eines menschenwürdigen und menschlich erfreulichen Lebens“. „Dieses unser westliche freiheitliche Ideal eines Optimums eines Wirtschaftserfolges im Dienst einer menschenwürdigen Lebensführung steht gar nicht so ungeheuer hoch. Das ist ein Ideal, das sich vom einzelnen mit relativ bescheidenen Mitteln erreichen läßt“ (S. 14).

Hans Reif, Berlin, führte das von Rüstow zur Diskussion gestellte Thema der politischen, ökonomischen und sozialen Integration in seinem Referat „Weltoffene Integrationspolitik“ weiter, indem er vor allem auf die Hindernisse hinwies, die heute einem gemeinsamen europäischen Markt entgegenstehen.

Fritz Ullrich Fack (Frankfurter Allgem. Zeitung) ergänzte die vorgetragenen Gedanken zur Integration durch einen Vortrag über die Wettbewerbsordnung und die Notwendigkeit, Maßnahmen zum Schutze des Leistungswettbewerbs zu treffen.

Der Vorsitzende der ASM, Wolfgang Frickhöffer, sprach — wie immer sehr lebendig — über den „Mut zum Strukturwandel“. „Mut zum Strukturwandel schließt selbstverständlich auch Mut zur Schrumpfung ein, notfalls sogar Mut zur völligen Einstellung einer bisherigen Erzeugung, eines bisherigen Verfahrens. Die unternehmerische Existenz zieht ihre ethische Rechtfertigung schließlich aus dem Dienst am Mitmenschen im Wettbewerb“ (S. 105). Die staatliche Intervention sollte sich darauf beschränken, „bei schwerwiegenden Strukturwandlungen eine Anpassungshilfe nach vorn zu geben“ (S. 106).

Referate speziellen Inhalts (so das Referat von Wilhelm Throm: Der Steinkohlenbergbau — eine Unternehmergebiet, und das von Norbert Kloten: Neue Wege in der Verkehrspolitik?) beschlossen die Reihe der interessanten Vorträge. Die Diskussionsbeiträge von Niehaus, Fritz Weber (Georgenau), Erwin Anderheggen (Kamp-Lintfort) u. a. gleichen freilich mehr vorbereiteten Referaten als einer Auseinandersetzung mit dem jeweiligen Vortragsthema.

Auf der achtzehnten Arbeitstagung der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, am 25. und 26. Juni 1962, mußte sich der Ehrengast, Alexander Rüstow, bereits wegen Krankheit entschuldigen lassen. Die Antwort auf die der Tagung vorangestellte Frage:

„Soll der Staat Geschenke verteilen?“ stand selbstverständlich von vornherein fest. Es ist auch anzunehmen, daß diese Frage von jedem verantwortlichen Staatsmann (mit bestimmten Ausnahmen) verneint werden dürfte. Wolfgang *Frickhöffer* faßte das zur Debatte stehende Problem denn auch präziser: 1. Wieweit ist es Sache des Staates, mit Seelenmassage und Appellen zu arbeiten? 2. Ist es richtig, wenn die Regierung unter konjunkturpolitischen Vorzeichen auf Einzelpreise einwirkt, wie es beim Baumarkt und auf dem Automobilmarkt geschehen ist? 3. Müssen Unternehmer bei ihren Preisdispositionen im Wirtschaftsprozeß als Marktteilnehmer gesamtwirtschaftliche Überlegungen berücksichtigen und dazu unter Umständen von dem abweichen, was der Marktlage entspricht?

Hörer und Leser dürften an der Beantwortung der dritten Frage am stärksten interessiert sein bzw. gewesen sein. Die Fragen Nr. 1 und 2 ließen sich übrigens auch leicht beantworten. Natürlich sei es Sache der Regierung, „durch Appelle und Ansprachen in der Öffentlichkeit auf die Mentalität der wirtschaftenden Menschen einzuwirken, für ein richtiges Klima zu sorgen“ usw. (S. 12). Was aber Einzelpreise und Preisniveau betreffe, so könnten „bei richtig bemessener Nachfrage — und diese zu sichern, ist eben Aufgabe der Konjunkturpolitik —“ „solche Einzelpreisbewegungen nur zu Verschiebungen innerhalb des Preisgefüges, nicht zu einer Steigerung des Preisniveaus führen“ (S. 16). Wie steht es aber um die gesamtwirtschaftliche bzw. staatsbürgerliche Verantwortung des Unternehmers? Hier trug *Frickhöffer* neue Gedanken vor, denen der Rezensent freilich nicht zu folgen vermag; Gedanken, die überdies den grundsätzlichen Äußerungen auf der vorangegangenen Tagung der Aktionsgemeinschaft widerstritten. Er unterschied zwischen dem im Wirtschaftsprozeß tätigen Unternehmer und dem Unternehmer als Staatsbürger. Als Marktteilnehmer dürfe und solle der Unternehmer seinem Eigenstreben folgen und die im Wirtschaftsprozeß erzielbaren Preise nehmen, sich also die Gewinnmaximierung zum Ziele setzen. Von einer „Preisdisziplin“ sollte nicht die Rede sein. „Setzen wir mit der Preisdisziplin nicht ein Herzstück der Marktwirtschaft außer Kraft?“ (S. 17). Als Staatsbürger habe sich der Unternehmer dagegen „ausschließlich nach den Ordnungsgrundsätzen der Sozialen Marktwirtschaft zu richten, um diese Wirtschaftsordnung funktionsfähig und politisch beständig zu erhalten“. Als Staatsbürger könne und solle er auf dem Wege über Parteien und Verbände die Politik beeinflussen, damit ein straffer Rahmen für die Nachfrage geschaffen werde, „womit dann die Grenzen für seine Preispolitik als Marktteilnehmer im Wirtschaftsprozeß gegeben sind“ (S. 17). Also wirtschaftlich nicht verantwortlich, sondern nur politisch und wirtschaftspolitisch? Dieser Gedankengang erinnert in gewisser Beziehung an eine bemerkenswerte Analyse des „Bourgeois“ durch Karl *Marx*. Der Bourgeois sei einerseits Marktteilnehmer und als profitsüchtiger Kapitalist auf eine Gewinnmaximierung aus; andererseits sei er Staatsbürger und sollte als solcher an den öffentlichen Angelegenheiten interessiert sein. Allein der Staat

schütze und sichere ja seine privaten Freiheitsrechte und Erfolgchancen, so daß er sich im Hinblick auf die öffentlichen Angelegenheiten nicht zu engagieren brauche.

Nach *Frickhöffer* ist der Unternehmer politisch natürlich anders orientiert: Er wisse sich verantwortlich für Staat und Wirtschaft. Die wirtschaftliche Gesinnung aber teilt er mit dem undisziplinierten, individualistischen Kapitalisten marxistischer Prägung. Es ist seltsam, daß dieser Unternehmerbegriff in der nachfolgenden Diskussion nicht kritisiert worden ist. Die Diskussionsteilnehmer treten (wie auf den meisten Kongressen) eben viel zu oft mit vorbereiteten Diskussionsbeiträgen auf. Frickhöffer korrigierte sich übrigens am Schluß seines Referates selbst, indem er von dem Unternehmer auch „in der praktischen Arbeit“ den Respekt vor den Prinzipien forderte, „auf denen die Funktionsfähigkeit und politische Lebensfähigkeit unserer Ordnung beruht“, vor allem vor den „überwirtschaftlichen Leitbildern der menschlichen Würde, der Entfaltungsmöglichkeit der Person, des Gemeinwohls, der Freiheit, der Selbstverantwortung“. „Nur wenn wir uns auf die Grundsätze besinnen und sie im praktischen Alltag auch nachdrücklich anwenden, nur dann lebt eine gesellschaftliche Ordnung, nur dann überzeugt sie, nur dann wird sie geschützt und bejaht...“ (S. 25). Das Tagungsthema (im engeren Sinne) betraf die Subventionen bzw. die Subventionsmentalität oder, wie Günter *Schmölders* sich gelegentlich ausdrückte, die Subventionitis. Zu diesem Thema nahmen außer *Schmölders* Hans Otto *Wesemann*, Luitgard *Sieber*, Paul *Senf*, Curt *Becker* und Georg *Kurlbaum* das Wort. Die Subventionsmentalität habe, wie *Schmölders* ausführte, ihre eigentliche Wurzel in einem Gruppengefühl, „das sehr schnell Forderungen hervorbringt“: „Wir sind doch da, ... also müssen wir geschützt werden, geschützt gegen die Konkurrenz, gegen das Ausland, gegen Risiko, gegen Gefahren, gegen Verluste“ (S. 28). Diese Mentalität sollte man öffentlich bloßstellen, „vielleicht auch nur etwas verächtlich machen und dafür die großen Werte der Bejahung des Wettbewerbs, der Risikofreudigkeit, der Verantwortung des Unternehmers für seinen eigenen Betrieb stärker ins Bewußtsein der Öffentlichkeit heben“ (S. 37). Hans Otto *Wesemann* (Köln) analysierte in seinem instruktiven Vortrag das verworrene Geflecht der „administrativen Subventionen“ und schloß mit dem noch heute gültigen Satz von Benjamin *Franklin*: „Die Regierung kann ihren Bürgern nicht dadurch helfen, daß sie sie besteuert und dann mit ihrem Gelde das tut, was sie selber tun sollten.“ Ein gründliches Studium dieses Tagungsprotokolls Nr. 18: „Soll der Staat Geschenke verteilen?“ sei allen Wirtschafts- und Sozialpolitikern empfohlen, besonders aber den Studierenden, die sich nicht früh genug mit den hier behandelten Problemen, auch mit dem damit zusammenhängenden „Panoptikum der Ermessensentscheidungen“ und der „so bedenklichen Anonymisierung der Quellen“ der verschiedenen marktinkonformen Subventionen befassen können.

Herbert Schack, Berlin

Henry C. Wallich: Die Vereinigten Staaten von Amerika und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft. (Kieler Vorträge, NF 26). Kiel 1963. Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel. 18 S.

Der Vortrag, der am 7. Dezember 1962 gehalten wurde, ist geeignet, dem Leser einen schnellen Überblick über die Hoffnungen und Probleme zu geben, die sich aus amerikanischer Sicht mit der Bildung der EWG verbinden.

Der Verf. beschränkt seine Ausführungen nicht auf wirtschaftliche Probleme, sondern erörtert auch militärische und politische Aspekte. Bei der Breite des Themas konnte es dem Verf. nicht gelingen, das Thema im Rahmen eines Vortrages auch nur annähernd zu erschöpfen. Eine Begrenzung des Themenkreises wäre dem Ganzen wohl sehr förderlich gewesen. So erfährt man die zur Genüge bekannte Tatsache, daß sich die USA von der EWG eine erhöhte Beteiligung an der Entwicklungshilfe und eine Entlastung von den militärischen Auslandsausgaben erhoffen. Völlig nichtssagend ist die Bemerkung, daß man auf politischem Gebiet „eine gemeinsame Front auf vielen Gebieten“ (S. 9) erwartet.

Im folgenden gibt der Verf. seiner Überzeugung Ausdruck, daß sensationelle Erfolge auf dem Weg zu einer amerikanisch-europäischen Partnerschaft nicht zu erwarten sind. Vielmehr bedürfe es mühevoller Kleinarbeit auf vielen Gebieten, um diesem Ziel näherzukommen. Besonders wichtig erscheinen ihm in diesem Zusammenhang vier Gebiete:

1) Die kommenden Zollverhandlungen der Kennedy-Runde, zu deren technischen Schwierigkeiten sich der Verf. äußert. Ferner spricht er das Problem der durch die zu erwartenden Zollvereinbarungen diskriminierten Drittländer an.

2) Die Koordinierung der Entwicklungshilfe und Vergrößerung des europäischen Beitrages. Hier wird die ebenso bekannte wie berechtigte Forderung nach sinnvollerem Einsatz der Mittel erhoben.

3) Die Koordinierung der Wirtschaftspolitik der beiden „Partner“. Der Verf. bleibt jedoch die nähere Erläuterung dieses löblichen Vorhabens weitgehend schuldig. Er deutet lediglich auf eine gegenseitige Rücksichtnahme in der Geldpolitik (Diskontsatzveränderungen) hin und auf den Wunsch der USA, ihren Kapitalexport zu drosseln. Schließlich verweist er auf die (erfolglosen) Bemühungen der OECD zur Koordinierung der Konjunkturpolitik.

4) Die Schaffung „eines besseren internationalen Geldmechanismus“, der verhindern soll, daß je nach der Zahlungsbilanzsituation der USA in der Welt Dollarknappheit oder Dollarüberfluß herrscht. Er meint, eine einheitliche EWG-Währung würde die Durchführung des Roosa-Planes erleichtern, der darauf hinausläuft, daß die USA bei aktiver Zahlungsbilanz auch andere Währungen in Zahlung nehmen.

Hubertus Adebahr, Berlin

Armin Heinrichs: Die auswärtigen Beziehungen der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, insbesondere ihr Verhältnis zur OEEC. (Schriften zur Rechtslehre und Politik, hrsg. von Ernst v. Hippel, Band 34.) Bonn 1961. Verlag H. Bouvier & Co. 169 S.

Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, als die klassische Diplomatie weithin durch die Konferenzdiplomatie abgelöst wurde, befindet sich das Völkerrecht in einem Übergangsstadium, das besonders deutlich von der Entwicklung internationaler Organisationen bestimmt wird, „die langsam eine von den Staaten verschiedene Existenz gewannen und eine immer stärkere Unabhängigkeit zu erlangen suchten“ (S. 21). Das Schwergewicht verlagert sich dabei neuerdings auf Zusammenschlüsse regionalen Charakters, die vielfach auf eine politische Einigung als Fernziel hinauslaufen. Die funktionale Konkurrenz mehrerer räumlich und sachlich begrenzter Institutionen kann die Zusammenarbeit durch Zuständigkeitskonflikte erschweren, und „da die einzelnen Gemeinschaften sich ... vor allem in der Zahl ihrer Mitgliedstaaten unterscheiden, beantwortet sich die Frage nach der Zusammenarbeit unter ihnen wesentlich danach, wie die engere Gemeinschaft in die weitere eingegliedert werden soll“ (S. 23). Diese und andere Probleme sind gerade im Verhältnis der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) zur OEEC sichtbar geworden und konnten völkerrechtlich größtenteils dadurch gelöst werden, „daß die sechs Gemeinschaftsstaaten von den übrigen OEEC-Staaten als Einheit anerkannt wurden und der Gemeinschaft als solcher eine gleichsam mitgliedschaftliche Stellung in der Organisation eingeräumt wurde“ (S. 24). Die vorliegende Studie untersucht die Voraussetzungen und Konsequenzen dieser so einfach erscheinenden Formel und stellt eingangs den rechtlichen Charakter der EGKS (= Staatenverbindung *sui generis*) im Vergleich zu jenem der OEEC (= Organisation im Rahmen der bisher üblichen internationalen Zusammenschlüsse) dar. Der Autor referiert alsdann über die Beziehungen der EGKS zu dritten Staaten und zu internationalen Organisationen sowie über die institutionelle Eingliederung der Gemeinschaft in die OEEC und zeigt, daß und wie der Gegensatz zwischen dem Präferenzsystem des Montanvertrages und dem Nichtdiskriminierungsprinzip des OEEC-Liberalisierungskodex behoben werden kann. Die folgenden Kapitel behandeln die rechtliche Stellung der Gemeinschaft und ihrer Mitgliedstaaten gegenüber den anderen OEEC-Ländern, die auswärtige Vertretung der EGKS und ihrer Mitgliedstaaten sowie die Bedeutung der Montanunion für die Auslegung der Verträge über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die Europäische Atomgemeinschaft, die ebenfalls die Aufnahme von Beziehungen zu dritten Staaten und internationalen Organisationen vorsehen. Daß viele der bei der EGKS getroffenen Schlußfolgerungen auf die anderen Gemeinschaften angewandt werden können (S. 160 ff.), leuchtet ohne weiteres ein.

Antonio Montaner, Mainz

Gerd Kleemann: Die Wettbewerbsregeln der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Eine kritische Darstellung des Kartellrechts der EWG. Baden-Baden 1962. Verlag für Unternehmensführung, 99 S.

Von der „Kritischen Darstellung“ macht der Verfasser reichlichen Gebrauch. Besonders im Vorwort werden Gesamturteile über diese

Wettbewerbsregeln abgeben mit Bemerkungen, wie „Vergrößerung der allgemeinen Verwirrung“, „unklar, verkünstelt, ungeschickt“, „objektiv mißglücktes Werk“, „juristische Bankrotterklärung“ usw.

Als Wirtschaftler mit juristischer Vorbildung gewinnt man den Eindruck, daß eine an sich berechtigte Kritik an den Regeln in formal juristischer Deutung überspitzt ist und man der naturgemäßen Schwierigkeiten der Rechtsmaterie zu wenig gerecht wurde. Wer die ungeheuren Mannigfaltigkeiten und Schwierigkeiten der Marktvorgänge kennt und dazu berücksichtigt, daß es sich um die Märkte von sechs unterschiedlichen Ländern handelt, wird seiner Kritik etwas mehr Rücksicht und Geduld angedeihen lassen.

Die Rechtsverbindlichkeit der Art. 85 ff. des EWG-Vertrages (E.W.G.V.) ist zweifellos gegeben, aber nur soweit und in dem Grade, als es dem Inhalt der Regelung entspricht, der sich natürlich nur im Lauf der Zeit aus allgemeinen Grundsätzen konkretisieren läßt. Mit einer solchen allgemeinen Feststellung sollte keineswegs eine sachliche Kritik eingedämmt werden.

In weiter Fassung des Themas, aber in kurzer und prägnanter Wortfassung der Darstellung werden folgende Kapitel beleuchtet: Kartelle im weiteren Sinne, Prinzipien des nationalen Kartellrechts der Mitgliedstaaten und des Kartellrechts der EWG, grundsätzliche Auslegungsprobleme, Charakter und Geltung der Kartellvorschriften der EWG, das Verhältnis des Kartellrechts der EWG zum nationalen Kartellrecht der Mitgliedstaaten, das Kartellverbot von Art. 85, Abs. 1 E.W.G.V., die Ausnahmenvorschrift des Art. 85, Abs. 3 E.W.G.V., das Verbot eines Mißbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung in Art. 86 E.W.G.V., zivilrechtliche Folge von Verstößen gegen Art. 85 Abs. 1 und Art. 86 E.W.G.V., Sonderregelungen für gewisse Bereiche, Dumping, die Kommission als europäische Kartellbehörde, die Aufgaben der Kommission im einzelnen, Übergangsregelungen für bereits genehmigte Kartelle, allgemeine Grundsätze für die Tätigkeit der Kommission, Befugnisse der Kommission zur Verwirklichung der in Art. 85 und 86 E.W.G.V. niedergelegten Grundsätze des Gerichtshofes.

Der Anhang behandelt das Urteil des Gerichtshofes vom 6. 4. 62 Rechtssache 13/61, ferner die Verordnung Nr. 27 über Form, Inhalt und andere Einzelheiten von Anträgen und Anmeldungen, den Anspruch auf eine Freistellung von Art. 85 Abs. 3 E.W.G.V., ein Merkblatt der Kommission und die Verlängerung der Meldefrist für Altkartelle.

Der kleine Kommentar zeichnet sich durch einen klaren Blick für schwierige Rechtsfragen und eine flotte Darstellung der Probleme aus.

Max Metzner, Berlin

Jack Schiefer: Europäischer Arbeitsmarkt. Freizügigkeit und Mobilität der Arbeitnehmer. Baden-Baden, Bonn 1961. Verlag A. Lutzeyer. 285 S.

In dieser Untersuchung wird nicht der europäische Arbeitsmarkt oder die Reserven an Arbeitskräften in den einzelnen Staaten und

Gebieten bzw. die voraussichtliche Entwicklung der Nachfrage nach Arbeitskräften dargestellt, sondern die Entwicklung des Rechtes auf Freizügigkeit und der Mobilität der Arbeitnehmer in den Mitgliedstaaten der EWG. Außer der Ursache und der Größe der Mobilitätsströme wird die Problematik deren Messung betrachtet. Allerdings geht es bei der Gliederung und der Verteilung der Schwerpunkte arg durcheinander, so daß sich ein wenig klares Gesamtbild ergibt.

Nach einem einleitenden Kapitel über die innerstaatliche und zwischenstaatliche Freizügigkeit wird im 2. Kapitel zunächst die innerstaatliche Mobilität, unterteilt nach Ländern, Regierungsbezirken, Sektoren und Branchen, untersucht. In den folgenden Unterkapiteln 7 und 8 wird die Pendelmobilität und die Arbeitsplatzmobilität ausführlich — zumindest für Deutschland — beleuchtet.

Das 3. Kapitel ist ein ergänzender Exkurs über das wirtschaftliche und soziale Leben, der u. a. die Ursachen der zunehmenden Selbsthaftigkeit in der Industriegesellschaft und die betrieblichen Möglichkeiten zur Hemmung der Mobilität betrachtet. Im 4., 5. und 6. Kapitel befaßt sich der Verf. — allerdings recht kurz, gemessen an der Wichtigkeit der internationalen Freizügigkeit — mit der zwischenstaatlichen Mobilität, der zwischenstaatlichen Pendelmobilität der Grenz- und Saisonarbeiter und der interkontinentalen Mobilität.

Die Untersuchung wird mit einer kurzen Übersicht über das Einwanderungs-, Arbeits- und Sozialrecht ausländischer Arbeitnehmer (7. Kapitel) und mit einem zusammenfassenden Ausblick (8. Kapitel) beschlossen. Hier führt der Verf. u. a. aus, daß die zwischenstaatliche Mobilität der Grenz- und Saisonarbeiter — im Gegensatz zur Daueremigration — mehr und mehr an Gewicht gewinnen wird (S. 279).

Gerade bei der Vielfalt der Probleme und bei der erstaunlichen Fülle des Zahlenmaterials zu den einzelnen Punkten wäre eine straffere Gliederung und häufigere Zusammenfassung der Ergebnisse notwendig gewesen. So legt man dieses Buch aus der Hand mit dem Gefühl, daß mit zahlreichen Einzelhinweisen viel über die historische Entwicklung und den Umfang der Mobilität gesagt wurde, ohne daß es gelungen ist, einen befriedigenden Vergleich der Mobilität in den verschiedenen europäischen Ländern und der gegenwärtigen Situation auf den europäischen Arbeitsmärkten herauszukristallisieren.

Es bleibt das Verdienst des Verf., daß er immer wieder die Lücken in der Bevölkerungsstatistik aufdeckt und auf die Problematik und Schwierigkeiten des internationalen Vergleichs hinweist. Auch die Ausführungen über die Pendelmobilität, die Arbeitsplatzmobilität und die Fluktuationskosten (S. 85 ff.) sind von großem Interesse, obgleich auch hier für die Meßbarkeit kein Patentrezept angeboten werden konnte.

Der kritische Vergleich der Bemühungen der EWG, eine dirigistische, zwischenstaatliche Freizügigkeit zu erlangen, mit der liberalen Freizügigkeit und der umfangreichen Mobilität vor dem 1. Weltkrieg, verdient Beachtung. Ebenso wichtig sind die eindringlichen Hinweise, daß die Mobilität der Arbeitnehmer — im Gegensatz zu dem

Recht auf Freizügigkeit — wegen der menschlichen Probleme im allgemeinen keine befriedigende Lösung sein kann und von den Arbeitnehmern auch nicht gewünscht wird.

Ob man allerdings auf Grund der Einzelhinweise den Schluß ziehen kann, daß von der Größe der innerstaatlichen Mobilitätsziffer auf den Lebensstandard zu schließen ist und daß mit abnehmender Entfernung zwischen Herkunfts- und Zielgemeinde die Mobilität zunimmt (der Verf. spricht von einem Mobilitätsgesetz S. 30—32) scheint immerhin fraglich zu sein, da die Mobilität nicht nur von diesen Komponenten abhängt. Außerdem brauchen die Kosten der Fluktuation nicht — entsprechend den Kosten der Betriebsunfälle — neben den betrieblichen Verlusten auch volkswirtschaftliche Verluste zu sein (S. 106), da durch die Mobilität der Produktionsfaktor Arbeit besser eingesetzt werden kann, so daß im Endeffekt ein volkswirtschaftlicher Gewinn entsteht.

Insgesamt ist diese umfangreiche Schrift trotz fehlender Literaturzusammenstellung und fehlender Sach- und Personenregister eine Fundgrube einschlägiger Literatur und Statistiken und vermittelt trotz der unübersichtlichen Darstellung einen interessanten Überblick über die Mobilität am europäischen Arbeitsmarkt.

Hanjo Lell, Berlin

Arbeitszeit und Freizeit. Nürnberger Hochschulwoche 8.—10. Februar 1961. Nürnberger Abhandlungen zu den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. (Herausgegeben von Hermann Eichler, Hanns Linhardt, Theodor Scharmann, Walter Weddigen. Heft 15.) Berlin 1961. Duncker & Humblot. 233 S.

Die Nürnberger Tagung 1961 ging u. a. von der Einsicht aus, daß die zunehmende Mechanisierung immer weniger Menschen Gelegenheit gibt, ihre schöpferischen Fähigkeiten zu entfalten, und daß die Freizeit des einzelnen zunimmt. In der grundlegenden Arbeit von E. Tuchtfeldt „Die volkswirtschaftlichen Auswirkungen der Arbeitszeitverkürzung“ wird eine weitere These hinausgestellt, die für einige weitere wichtige Vorträge die Richtung weist. „Für den Ökonomen scheint es fast so, als hätten sich die wirklich strittigen Fragen bereits aus dem wirtschaftlichen in den sozial-kulturellen Raum verlagert. Auch aus diesem Grunde dürfte es gerechtfertigt sein, von einem „Klimawechsel“ in der Arbeitszeitdiskussion zu sprechen“ (Seite 15).

Gerade weil die langfristigen Entwicklungen der Produktivitätssteigerung optimistisch beurteilt werden können, gewinnen die außerökonomischen Probleme der Freizeit und ihrer Gestaltung an Bedeutung.

Dementsprechend stehen Untersuchungen soziologischen und sozialpolitischen Charakters im Vordergrund, so u. a.: „Arbeit — Beruf — Freizeit“, „Arbeitsfreude und Arbeitszeit“, „Erziehung und Freizeit“, „Freizeit, Persönlichkeit und Kultur“. Daneben aber wurden weder die betriebswirtschaftlichen noch die Fragen der Arbeitsvermittlung vernachlässigt.

Da die Hochschule für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften nunmehr mit der Universität Erlangen fusioniert ist, war die Tagung 1961 die letzte Nürnberger Hochschulwoche. Sie war ein guter und wertvoller Abschluß.

Hans Bayer, Dortmund

Hartmut Michel: Eigentumpolitik. Voraussetzungen und Wirkungen aus psychologischer Sicht. Mit einem Geleitwort von G. Schmölders. Tübingen 1962. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). 188 S.

Der in Buchform vorgelegten Kölner Dissertation kommt das Verdienst zu, die Eigentumpolitik unter psychologischer Akzentsetzung zu untersuchen. Demzufolge bildet die anthropologisch-sozialpsychologische Deutung des Eigentums (in § 3) den einen Schwerpunkt der Arbeit. Eigentum wird als kulturelle Schöpfung des Menschen nachgewiesen, und darum ist die Beziehung des Menschen zum Eigentum nicht angeboren, sondern muß erlernt werden. Diese Erkenntnis gibt die Grundlage für die vom Verfasser wiederholt geforderte Eigentumpädagogik, welche die Eigentumsfähigkeit des Menschen entwickeln helfen soll.

Der andere Schwerpunkt liegt in der Zusammenstellung der praktischen Möglichkeiten der Eigentumpolitik; Michel spricht dabei von der Notwendigkeit einer Stufenfolge hinsichtlich der verschiedenen Formen des Eigentums (S. 79). Die bloße Verbraucherhaltung gilt es zu wandeln zugunsten einer Vermögensbildung in Form dauerhafter Konsumgüter (S. 102). Mit Recht verspricht sich der Verfasser Sparanreize für sparunwillige Kreise, wenn es gelänge, Sparen mit Prestige auszustatten, es „demonstrationsmöglicher“ zu machen. Bemerkenswert ist auch sein Vorschlag, bestimmte Formen des Zwecksparens wie Hausrat- oder Einrichtungssparen bei minderbemittelten Schichten ähnlich dem Prämiensparen zu begünstigen (S. 133). — Der nächste Schritt ist die Förderung „höheren“ konkreten Vermögens (Eigentum). Die Förderung der Bildung von abstraktem Vermögen (Aktien usw.) setzt bereits wirtschaftliche Bildung voraus, und Michel macht klar, daß eine Eigentumpolitik, die dieses Ziel vorrangig anstreben würde, keine Breitenwirkung erzielen dürfte.

Die gut lesbare Studie hat eine Fülle von Literatur verarbeitet und bringt in zahlreichen Tabellen samt Kommentierung auch die Meinung der Bevölkerung zu den anstehenden Problemen zum Ausdruck. Man vermißt allerdings ein Eingehen auf den Investivlohn, der in letzter Zeit so rege diskutiert worden ist. Grundsätzlich mögen für ihn die Feststellungen zum Miteigentum (in § 28) gelten, doch wüßte man gern mehr aus psychologischer Sicht über diese Lohn- und Sparform.

Michel betont auch die „Notwendigen Kenntnisse für den Umgang mit Eigentum“ (§ 22). Hier wäre im Zusammenhang mit der Eigentumpädagogik noch ein Aspekt nachzutragen: der durch unser deutsches Schulsystem verursachte Mangel an wirtschaftlicher Bildung. Der vorwiegend literarisch-ästhetisch orientierte Neuhumanismus schloß wirtschaftliches Wissen von der Allgemeinbildung aus. So

kommt es, daß noch heute mit Ausnahme der Handels- und kaufmännischen Berufsschulen sowie der wenigen Wirtschaftsgymnasien wirtschaftliche Kenntnisse der Schuljugend kaum vermittelt werden. Darum scheint eine Berücksichtigung der wirtschaftlichen Bildungsgüter auch an unseren allgemeinbildenden Schulen eine vordringlichere Maßnahme der Eigentumspädagogik zu sein als das von Michel (mit *Pfister*) geforderte Eigentum des Schulkindes an seinem „Schulzeug“, das *Pfister* durch die Lernmittelfreiheit bedroht sieht, in welchem Zusammenhang er von „staatlich organisierter Eigentumsvorenthaltung“ spricht (S. 123).

Hinsichtlich der Ausführungen über Klassendenken und „konformistische Eigentumsunwilligkeit“ (S. 117 ff.) wird man darauf hinweisen müssen, daß nicht primär die „Tendenz zur Demonstration“ die Eigentumswilligkeit fördert, sondern das höhere Einkommen der Arbeiterschaft; die Demonstration wird dadurch ermöglicht, daß das soziale Existenzminimum befriedigt worden ist. Einkommenshöhe und Vermögensbildung stehen — ökonomisch gesehen — in engstem Zusammenhang. Der Untertitel der Studie rechtfertigt wohl den Verzicht auf die Abhandlung manches ökonomischen Problems. Wenn aber Michel selbst anführt, daß ein Viertel der westdeutschen Haushalte nur mit dem Minimum an langlebigen Gebrauchsgütern ausgestattet ist (S. 131), wenn man sich ferner aus der von Michel noch nicht berücksichtigten Untersuchung von Helga *Schmucker* (Die ökonomische Lage der Familie in der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1961, S. 26) ins Gedächtnis zurückruft, daß Familien mit mehreren Kindern „zu einem beträchtlichen Teil in der Bedrängniszone leben“ und darum nicht sparen können, so zeigen sich leider die Grenzen so wohlgemeinter Maßnahmen wie des Sparprämiengesetzes, dessen Vorteile den einkommensschwächsten Haushalten verschlossen bleiben.

Rochus Castner, Nürnberg

Fritz Neumark: Schleichende Inflation und Fiskalpolitik. (Kieler Vorträge. Heft 14.) Kiel 1959. 22 S.

In diesem Vortrage erörterte Neumark auf der Grundlage der Auffassung, „daß die ökonomischen und sozialen Nachteile einer schleichenden Inflation... diese zu einem echten gesamtwirtschaftlichen Übel stempeln“, vornehmlich die Möglichkeiten, einer solchen Entwicklung durch fiskalische Maßnahmen zu begegnen. Diese Darstellung einer leider sehr zeitnahen Problematik zeichnet sich, wenn sie auch nichts wesentlich Neues bringt, durch Klarheit der Gedankenführung und ein wohl abgewogenes Urteil aus. Zu beanstanden ist die heute allerdings oft auch bei anderen Autoren zu beobachtende Manier des Verfassers, mit Vorliebe Bezeichnungen der angelsächsischen Terminologie zu verwenden, wo sich dasselbe ebenso gut mit deutschen Worten sagen läßt.

Hermann Deite, Berlin